

## Resolution 4

### **Der VPOD lehnt Initiativen ab, die das Recht auf Zugang zu Abtreibung einschränken wollen!**

Die VPOD erinnert an das unveräußerliche Recht der Frauen, über ihren Körper zu bestimmen. Wir stellen uns entschieden gegen die von der SVP lancierten Initiativen "Nachts ist Rat teuer" und "Rettet lebensfähige Babys". Die erste Initiative zielt darauf ab, Menschen von einer Abtreibung abzuhalten, indem sie eine zusätzliche Frist von einem Tag vor jedem Schwangerschaftsabbruch einführt, obwohl es im aktuellen Verfahren bereits eine Bedenkzeit gibt. Der zweite Vorschlag zielt darauf ab, das Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch, der unter bestimmten Bedingungen möglich ist, über die ersten 12 Wochen der Schwangerschaft hinaus einzuschränken. Nach Angaben des BFS finden 95% der Schwangerschaftsabbrüche vor den ersten 12 Schwangerschaftswochen statt. Es gibt zahlreiche Berichte darüber, dass bei der Unterschriftensammlung für diese beiden Initiativen mit falschen Argumenten gearbeitet wird, die die Unterzeichner in die Irre führen.

Diese Initiativen finden in einem globalen Kontext statt, in dem der Antifeminismus zunimmt und das Recht auf Abtreibung und die Abtreibungspraxis eingeschränkt werden, wie man in den USA und in einigen europäischen Ländern (Polen, Malta, Nordirland) sehen kann. Das Recht auf Abtreibung bleibt eine Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Die Initiativen der SVP werden in erster Linie die prekärsten Frauen unserer Gesellschaft treffen, die bereits einen späteren Zugang zur Abtreibung haben.

Wir lehnen jede Kontrolle über unsere reproduktiven Rechte, jede Kontrolle über unsere Schwangerschaftsabbrüche entschieden ab. Die reaktionären Einschränkungen von Schwangerschaftsabbrüchen dienen nicht dazu, Kinder zu retten, sondern sind Teil der kapitalistischen Ideologie der Kontrolle über die Körper, insbesondere über die Körper von Menschen, die als Frauen eingestuft werden. Wir müssen das Recht haben, sicher, legal und kostenlos abzutreiben und über unsere Körper nach eigenem Ermessen zu verfügen, unabhängig von Herkunft, Alter, sozialer Klasse, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Glauben oder Behinderungen.